

Preis 35000 Exempl.
Die in dieser Zeitung...
Verleger: C. F. W. Neumann, Neudammstr. 11.

Dresdner Nachrichten
Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Die in dieser Zeitung...
Verleger: C. F. W. Neumann, Neudammstr. 11.

Die königl. Hofapotheke
In Dresden, am Georgenthor
bringt ihren anerkannt vorzüglichen und fast geschmack-
losen weissen
Dampf-Dorschleberthran
in empfehlende Erinnerung.

Haasenstein & Vogler, Dresden
(älteste Annoncen-Expedition)
Wildruffer-Strasse Nr. 39, 1.
Prompte Beförderung von Anzeigen an alle Zeitungen der
Welt zu tarifmässigen Preisen ohne Nebenkosten. Vor-
auschläge, Kataloge, Offerten-Annahme etc. gratis.

25 Briefbogen und 25 Couverts,
englisches Format,
verpackt in einem eleganten Carton, 1 Mark. — Unser
Sortiment besteht aus 312 verschiedenen Monogrammen.
Sophienstrasse, J. Bargou Söhne, Sophienstrasse 6,
Eckhaus an der Sophienkirche.

Nachtelegramme. Petersburg. Der deutsche Kron-
prinz wuschte der Kaiserin des Kaiserthums mit
dem Hohenloheorden bei und reiste nach Mittags nach Kaiser ab.

London. 500 Passagiere fielen in Venedig im Kajutendeck
ein und tauchten viele Pferde und andere Vieh. — Der Minister-
rath wurde heute Mittag plötzlich einberufen.
28. März. Im Prozeß gegen den Kaiserreich, wegen Falschung

von Obligationen der Kaiserlichen Reichsbank, wurden beide an
je 5 Jahren schweren Kerker und Verweisung des Landes ver-
urtheilt.

Nr. 88.

Witterung vom 28. März: Barometer von 0 bis 10 Uhr, 750 Mill.,
750 Mill., sehr gelinde, 3 Mill. Ziermer, 11. Wind, 1. 5. 2. 1. 2. 1. 2. 1. 2. 1.

Ausichten für den 29. März: Zunächst wenig Veränderung,
später Erhellung.

Dienstag, 29. März.

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten“
sitten wir das Abonnement für das zweite Quartal 1881 baldigst
erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung
weiter liefern können.
Sämmtliche Postanstalten des deutschen Reichs und Aus-
landes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an
In Dresden abonnirt man (incl. Bringerlohn) vierteljährlich
mit 2 Mark 50 Pfg., bei den kaiserlichen Postanstalten in Sachsen
mit 2 Mark 75 Pfg.
Expedition der Dresdner Nachrichten, Marienstr. 13.

Rechtswissenschaftliche Redaction für Politisches Dr. Guhl, Bismarck in Dresden

Bei der Abänderung der Gewerbeordnung, die am Sonnabend
den 26. März verabschiedet wurde, handelt es sich nicht um den Handwerks-
betrieb, sondern um den Handwerkerstand. Eingriffe in den eigent-
lichen Gewerbebetrieb zu machen, enthält sich vernünftigerweise die
Gesetzgebung, die nur darauf zu sehen hat, daß nicht durch den Ge-
werbebetrieb allgemeine und öffentliche, sowie private Interessen
verletzt werden. Wohl aber ist es ein hohes Staatsziel, einen ge-
sunden, blühenden Mittelstand zu erhalten und dazu darf sich der
Staat recht wohl des Gesetzgebungswegs bedienen. Den Unter-
gang der selbstständigen Handwerksmeister aufzuhalten, zu verhindern,
daß diese Bevölkerungskategorie in der großen Masse abhängiger Lohn-
arbeiter aufsteige, das besetzt der Gesetzgeber über die neuen
Annungen. Die bisher wie loser Triebfeder unverbundenen Atome
gleicher oder verwandter Handwerksbetriebe sollen zu korporativen
Leben neu organisiert werden. Zu diesem Behufe schafft und be-
dingt man die neuen Annungen. Wer sich, wie die Sozial-
demokraten und die preussische Fortschrittspartei auf den trostlos
negativen Standpunkt stellt und sagt: Laßt doch die Sachen laufen;
es hilft Alles nichts, das Handwerk ist dem Untergang geweiht;
es ist absterbend, um so besser — Den befehlen zu wollen,
reicht nicht. Wer aber den Handwerkerstand liebt, um seiner
selbst willen, um seiner Erhaltung als ein unentbehrliches Funda-
ment geordneter staatlicher Verhältnisse betrachtet, der arbeitet gern
mit an dem rühmlichen Werke, ihn zu Annungen zu organisieren.
Während sich die Handwerker zunächst im Wesent-
lichen nur darauf, den Schaden zu schaffen, innerhalb dessen aus der
einen Initiative der Beteiligten das korporative Leben sich ent-
wickeln und erblühen kann. Der Staat zwingt Niemanden, diesen
neuen Annungen beizutreten, aber er giebt ihnen unter gewissen
Rechtsbedingungen solche Befugnisse, daß der Beitritt zu ihnen er-
leichtert und vortheilhaft erscheint. Damit befriedigt er freilich
nicht die hochgehenden Erwartungen der Jungparthei. Diese ver-
langt Zwangsmaßnahmen. Solche waren aber von dem jetzigen
Reichstage nicht zu erwarten. Die Zustimmung der Abge-
ordneten hätte wohl gegeben und diese fehlt. Die Minister haben
den Handwerkerstand nicht vernachlässigt. Sie haben vielmehr
das Centrum zu Zwangsmaßnahmen zu bewegen. Der Einwand ist im
Ganzen auch richtig: die Handwerksmeister hätten ihre Gebüh-
ren selbst entwickeln können, wie sie sich eigentlich die Wirksamkeit
dieser Zwangsmaßnahmen denken. Man kann unmöglich das igno-
rieren, was die moderne Technik geschaffen hat. Die Handwerker,
die sich besser zu stehen glauben, wenn sie außerhalb der neuen
Annungen verharren, soll man nicht, wie Kiermann meinte, mit
Gewalt glücklich machen wollen. Es genügt als erster Schritt
wohl, daß § 100 bestimmt, daß in solchen Bezirken, wo eine
solche bewährte Annung besteht, den andern Arbeitgebern, die
dieser Annung nicht angehören, die Annahme von Lehrlingen
untersagt werden kann.

Weitere Schritte müssen allerdings folgen. Das deutsche
Handwerk leidet namentlich an dem Krebsgeschwür langer Kredit-
linien. Der tüchtigste Meister muß zu Grunde gehen, wenn er
länger lang auf die Bezahlung seiner Rechnungen warten muß.
In dieser Beziehung trifft unsere vornehmen Gesellschaftskreise, be-
sonder auch namentlich den Adel mit, ein schwerer Vorwurf. Wie
sich lassen diese es an sich heranzukommen, ehe sie den Schneider,
Schuhmacher, Tischler u. s. w. bezahlen! Eine gesetzliche Abwälzung
der Kreditrisiken ist dringend wünschenswert. Den Waarenbesitzer
mit ihrem Reklamewesen, ihrem Spektakel und Katau, ihrem oft
unverständlichen Treiben könnten die Behörden ebenfalls ein schwe-
res Auge umwenden. Sie sind oft die einzige Ursache des Ruins
solcher Handwerker. Nicht minder verdient das gewerbmässige
Bankrottiren, bei dem die Handwerker in erster Linie die Geopfert-
en sind, eine weit größere Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft und
der Polizeibehörden. Es wäre jedoch Unrecht, wollte man die
Handwerker von aller Schuld an dem Niedergange des Handwerks
schon freisprechen. Nur zu wahr ist es, daß mancher Meister sich
nur einen Lehrling nimmt, um einen Laufburschen zu erproben.
Die Noth des Handwerkerstandes entschuldigt dies nicht immer.
Auch sind die Klagen des Publikums über ungenügende Arbeiten
und Unpünktlichkeit der Handwerker oft wohl begründet. Wir leben
bei der Hoffnung, daß wenn die Handwerker sich der neuen Rechte, die
ihnen die Gesetzgebung verliehen will, energisch bedienen, ein Um-
schwung zum Besseren nach jeder Richtung eintritt. Nur mögen
sie dafür sorgen, daß die Lehrlinge in den Zünften die genügende
praktische Ausbildung finden, welche die moderne Entwicklung der
Technik verlangt. Fortbildungs- und Nachschulen, die den Zünften
untermischen, sind dazu ein wesentliches Mittel. Dazu hat die
Rechtsprechung obligatorischer Arbeitsbücher, die Aufsicht über
das Herbergwesen und die Vermittlung von Arbeitsnachweis zu
sehen. Es ist uns nicht bange, daß, wenn die Handwerker nur
nicht selbst durch Kadolenz den guten Willen der Gesetzgebung

läßten, eine neue Blüthe des Handwerks gezeitigt werden kann.
Das erwarten wir bei der Stimmung, die jetzt immer stärker durch
Deutschland geht und die man dahin zusammenfassen kann: Lieber
Kon servativ als Co n servativ.

Der Leib des kaiserlichen Alexander II. ruht nunmehr in der
Kathedrale der Peter-Pauls-Citadelle. Nur wenige
Theilnehmer hatte die Beisetzungsfeierlichkeit. Außer den Mitgliedern
der kaiserlichen Familie und den fremden Fürsten war kaum der eine
oder andere hohe Würdenträger des westlichen Kaiserthums zu dem
ersten Male erschienen. Das Kaiserthum gegen das bis in
die höchsten Stufen verweigte Wohlthunthum gebot diese Vorliebe.
Daß man doch dieser Tage die Tochter eines der höchsten Beamten
verhaftet, dessen Aufgabe darin bestand, den Kaiser zu schützen und
für seine Sicherheit zu sorgen. Diese junge Dame wird beschuldigt,
mit einem weissen Tuche den Verhüllungszeichen des Kaiser zum
Attentat gegeben zu haben. Man erwartet, daß kurz nach der
Abreise der fremden Fürsten aus Petersburg, über jene beklagens-
werthe Stadt der Belagerungszustand verhängt werde. Viel
schlimmer als jetzt kann es, nach deutschen Begriffen wenigstens, in
einer 800,000 Einwohner-Stadt nicht werden. Der Zar scheint
jedoch entschlossen, den rothen Schrecken den weissen entgegenzusetzen.
Dies wird sich aber nicht auf Russland allein beschränken. Die
Erregung internationaler Maßregeln gegen die Fürstenthümer
sehen bevor. Russland hat bereits ein darauf gerichtetes Circular
an die Großmächte erlassen, das namentlich dem Antrage ein Ende
machen will, den die Nihilisten mit dem Antrage der Schweiz
treiben. Die Schweiz hat längst aufgehört, ein bloßer Schutzhof
für politische Flüchtlinge zu sein. Ihre russischen Mörderbanden
haben dieses Amt entweiht, indem sie es zu einer Werkstätte für
Königsmord umgestalteten. Wäre es etwa zu dulden, wenn Don
Carlos in Genf Mörder dinge, um den König Alfonso in Spanien
zu morden, wenn die Kaiserin Eugenie von Schloß Arcenberg
Mordgeheimnisse auswendig, um Gröben oder Gambetta niederzuschleichen?
Fürstenthum ist doch auch Menschenmord. Daß den Verhüllern
in der Schweiz das Handwerk bald gelegt werde, ist der dringende
und berechtigste Wunsch der Fürsten. Gemeinsame Maßregeln gegen
die rothe Internationale stehen bevor. Der deutsche Kronprinz
scheint in Petersburg hündige Befehle gegeben zu haben, daß
Deutschland jenes von Russland aufgestellte Verlangen kräftig
unterstützt. Auf diese Bereitwilligkeit des Berliner Hofes ist es
wohl mit zurückzuführen, daß dem neuen Fürsten, trotz seiner
Abneigung gegen den Fürsten Bismarck, ein enger Anknüpfen an
Deutschland als das Nächstbeste erscheint.

Zeit Sonnabend besitzt Europa einen neuen König. Karl I.,
seit 15 Jahren Fürst von Rumänien, ist jetzt König dieses Donau-
staates. General Ieremia ist der Kronprinz. Gemüthlich riefen
Deputirtenkammer und Senat Karl I. zum Könige aus. Seine
Majestät nahm die Krone an und dankte vom Balkon aus
gerührt dem begeisterten jubelnden Volke. Das Volk selbst feierte
über die Krone auf's Haupt — das Ausland wird dieser Thatfache
nicht widersprechen. Die Anerkennung Rumäniens als Königreich
dürfte nirgends im Auslande auf Schwierigkeiten stoßen. In
Deutschland wird man sich sogar recht gern mit dieser Entwicklung
befreunden. Die Rumänen haben im letzten Kriege Beweise ihrer
Tüchtigkeit genug gegeben. Ihrer Tapferkeit vor Plewna allein
verdanken es die Russen, daß ihre stolze Heere nicht in Teinmann
sich über die Donau retten mußten. Das Königreich Rumänien,
wenn es erkant, kann ein kräftiger Puff gegen das Vordringen
des Slaventhums auf der Balkanhalbinsel werden.

Gambetta hat wiederum eine seiner idiosyncrasischen Reden gehalten.
Am letzten Male sprach er vor den Handelsreisenden und sonstigen
Commiss, diesmal vor den Kaufleuten und Handelsberren. Mit
Vorliebe wendet sich Gambetta an die Vertreter des Handelsstandes;
er erwartet von ihnen den Beschleiß seiner eigenen Pläne unter
republikanischer Etiquette. Zweimal brach während seiner Rede
arger Tumult aus, der mit Schlägereien, Hufeintretungen und
Ginnschweren endete. Gambetta hatte diesmal einige fremdliche
Worte für Gröben, die er noch dazu ziemlich ungeschickt anbrachte.
Er wünschte, daß seine Tage ebenso lange dauern möchten, als
wir es wünschen. Hätte Gambetta gesagt: seine Regierungs-
tage mögen noch recht lange währen, so würde dies annehmbar
geklungen haben. Da aber Gambetta im Stillen wünscht, daß
recht bald das Regiment Gröben's zur Neige gehe, so kann man aus
jener zweideutigen Phrase nur den Wank heraus hören, Gröben
einzuschleifen und zu dupiren.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ v. 28. März.

Berlin. Auf Grund des Sozialistengesetzes erstle die
Polizei am Sonnabend achtzehn Ausweisungsbefehle. Unter den
Ausgewiesenen sind sechs von neunzehn Perionen, welche unter
Anschuldigung des Hochverrats last vermonatliche Unter-
suchungshaft verhaftet und in Folge ihrer Verhaftung beim Reichs-
gericht am 22. März freigelassen werden mußten.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung: Sten-
del, Frau- und Wehrsteuer. Fürst Bismarck ist erschienen, um
verhandelt für seine Steuerprojekte einzutreten. Väter eröffnen
die Debatte mit einer Verurtheilung der Vorlagen. Die Denk-
schrift des Reichstages über die indirekten Steuern lasse eine
Zusammenfassung der geklammerten finanziellen Verhältnisse der
fremden Staaten vermissen. Wenn man die für die Verhängung
der hohen Staatszuschüsse Frankreichs und Englands anzu-
bringenden Summen von der Höhe der dortigen indirekten Steuern
abziehe, so bleibe ein Betrag, der den der indirekten Steuern in
Deutschland nicht wesentlich übersteige. In Deutschland erlis-
tente derartige Schulden nicht, in einzelne Staaten verfallen über
Bermühen. Deutschland sei gar nicht im Stande, so viel auszu-
bringen. Die neue Steuerpolitik verdingere die Konsumtions-
fähigkeit, sie habe nur den Zweck, die Vermögen zu Gunsten der
Reichen zu belasten. Sie sei eine aristokratische Politik. Er da-

gegen diese die Zukunft der deutschen Steuerpolitik als Er-
höhung der Tabak- und Erhöhung der Spiritussteuer, Schule,
Armenwesen und Polizei von den Gemeinden auf den Staat über-
tragen, wie Bismarck wollte, beise die ganze kulturgeschichtliche
Entwicklung, die wir genommen, auf den Kopf stellen. Auch
Bismarck: ihm schwebte der Gedanke vor, daß die Gemeinden
den Hälfte ihres Armenwesens durch die Unfall- und
Krankversicherungen erleichtert werden sollen. Den Ge-
meinden die Last der Schule zu entheben, sei
noch viel leichter, ohne daß deshalb in die Rechte der Selbstver-
waltung eingegriffen werde, er wolle aber auch keine Deponirung
des Staates durch eine Anzahl kommunaler Republiken.
Er übernehme die volle Verantwortlichkeit für die Denkschrift,
die ihm eine lange Rede ersparen wolle. Er wolle wie Kaiser
höhere Tabak- und höhere Getraidesteuer. Der Branntwein
könne aber vom Arbeiter weniger entbeert werden als das Bier,
welches mehr von den wohlhabenderen Kreisen getrunken werde.
Weil er sich gar nicht beabsichtigt, den Branntwein frei zu
lassen. Der Wähler habe ein Recht zu wissen, wo die
Steuerung hinanwolle; wer von den Wählern keine Verle-
dungen der Gemeinden in Bezug auf Armenwesen, Polizei-
wesen, Schulwesen und Standwesen wolle, werde für
einen Fortschrittler stimmen. Er kritisierte die direkten Steuern,
besonders die Wertssteuer. Die Einkommensteuer sei ungerecht,
da sie keinen Unterschied zwischen Arbeitsertrag und Kapital-
ertrag mache. Die Frage sei nicht, was andere Staaten
brauchen, sondern was wir brauchen und wie wir das
Bedürfnis am besten decken können. Er bestritt, daß
indirekte Steuern die Waaren verbauern, sie belasteten nur den
Zwischenhandel. Finanznöthe wurden fast ausschließlich vom
Ausland getragen und lösten eine schädliche Wirkung aus. v. Wall-
stein-Göll: Die Kommissarien wollten nach wie vor Ermäßigung
der direkten Abgaben in den Einzelstaaten, und zwar in den
unteren Klassen und Abminderung der Gemeindefürsorge in Bezug
auf Armen-, Schul- und Polizeiwesen. v. Benda präcisirte die
Stellung der Nationalisten dahin: Annahme der Brauntwein-
steuer unter gleichzeitiger Erhöhung der Branntweinsteuer, Zusim-
mung zur Verles, Erhöhung der Cuntinuations- und Wehrsteuer.
Vater-Votum für, Dr. Wlagers (Fortschritt) gegen das Steuer-
Tributolum. Fortsetzung der Beratung morgen.

Berliner Börse. Die Börse war heute nicht durchgängig
fest. Für Reichsbank und Renten gute Meinung, auf den
sonstigen Gebieten war es all zu unentschiedener Haltung.
Kreditaktien 1 M. besser, Lombarden 1 M. niedriger, Kronen-
anleihe unbedeutend, Eisenbahnen still, unbedeutend,
besonders auch österreichische, fest und theils auf gefragt. Deutsche
Bonds ruhig, fest, fremde befest und mehrfach besser. Renten
vernachlässigt, Bergwerke schwach und weisend. Wen Berg-
werken avancierten besonders Preiser.

Polales und Sächsisches.

Den vorgestern Mittag aus Anlaß der Weilegung Sr.
Maj. Zar Alexander II. in der hiesigen griechisch-katho-
lischen Kirche veranstalteten Trauergottesdienste wohnten außer
dem Herrn Oberbaurath v. Meiner, der im Namen
Sr. Maj. des Königs Albert erschienen war, die Vertreter der
Diplomatie, die Spitzen der Militärbehörden, 33. Großherzog
König v. Sachsen, Staatsminister v. Meißner, v. Wallstein
und Stadtkommandant v. Fante, außerdem aber viele hundert
in großer, mit zahlreichen Ordensdecorationen geschmückter Staats-
uniform bei. Die Glieder der russischen Fremdenkolonie, nament-
lich die zahlreich vertretenen Damen, waren im Trauergewand
in dem feierlich erleuchteten und mit schwarzen Sammetdraperien
geschmückten Heiligtume erschienen. An Stelle des in Peters-
burg weilenden hiesigen russischen Botschafters v. Kellow empfing
dort Vizekonsul v. Sillmann die hohen Herrschaften. —
Heute Mittag 12 Uhr versammelten sich die russischen Unterthanen
abermals in der Kapelle, um der Verlesung des Regierungs-
manifestes Sr. Maj. Alexander III. beizuwohnen. Dieser feier-
lichkeit wird sich ein Telemum anschließen.

Der Direktor der Agl. Porzellanmanufaktur zu Meißen,
Moriz Eduard Kaltzsch, erhielt den Titel und Rang eines
Finanzrathes und der Obersteiger Heinrich Gahn bei dem
Verzinsende Schwelbner Hügel bei Schneeberg das allgemeine
Ehrenzeichen.

Der hiesige Herr Oberbürgermeister Heintz hat am
vorigen Sonntage noch eine Audienz bei Sr. Majestät dem
König nachgesucht und erhalten, in der er sich verabschiedete.
Seine Nachfolger, Oberbürgermeister Zschäner, ist aus Stralsund
über Berlin bereits hier eingetroffen.

Jenes Geschenk, welches die Stadt Dresden unseren
Königlichen Majestäten zu höchstem silbernen Jubiläum
widmete, ist erst dieser Tage fertiggestellt worden, und versichern
batten die Herren Oberbürgermeister Dr. Stübel und Stadt-
verordneten-Vorsteher Gehrt Ademann die Ehre, dasselbe dem
allerhöchsten Paare zu überreichen. Die Gabe ist befalls eine
eine die Zeit vom 18. Juni 1853 bis 18. Juni 1875 umfassende,
reich ausgestattete Chronik des sächsischen Königs Adolphs
und seiner Nachkommen.

Der Agl. Sächs. Landesherrschler und Professor an der
Theologischen Hochschule zu Dresden, Dr. Siedemann, ist auf
die Jahre 1881/82 zum außerordentlichen Mitglied des Kai-
serlichen Gesandtschaftsrathes ernannt worden.

Da die Grundbesitzer in Sachsen seit einigen Jahren
insofern einen Steuererlass genießen, daß die erdennlichen Land-
veränderungs-Verträge verabschiedet worden sind, so
glaubte man vielfach, daß ähnliche Erlasse auch in Zukunft mit
Sicherheit zu erwarten seien. Diese irrthümliche Annahme zerfiel
aber das „Dresdner Journal“, indem es ausführte, daß lediglich
die Zahl und der Umfang der vorkommenden Verände, resp. die
Höhe der Grundbesitzervergütung für die Herabsetzung der Ver-
änderungs-Verträge maßgebend ist. In den letzten Jahren liegen
aber darüber so ungünstige Erfahrungen in Folge der Zahl und
des Umfangs der Schadenerwerb vor, daß jetzt noch nicht zu über-
sehen ist, ob für den Oktober-Termin der Verabschiedung der Erlass
von 1/2 Pfd. wiederholt werden kann. Für den Apriltermin tritt
jedoch dieser Erlass ein.

In dem schönen Festaal des Logenbauers auf der
Haupt-Allee wurde am Sonntag Nachmittag vor einer zahlreichen
Versammlung die alljährlich um diese Zeit wiederkehrende Feier-
lichkeit der Konfirmation abgehalten. Die Zahl der Konfirmanden
betrug 100. Die Konfirmanden wurden von den Vätern und Müttern
mit dem goldenen Kreuz beglückt. Am 25. November und
20. März konnte wiederum ein ganz bescheidener Konfir-
manden-Sung, einschließlich hundertfacher Unterleider, Schu-
werk etc. verabschiedet werden und dies geschah in einer feierlichen